



Ressortforschung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Forschungsprojekt „Raumagenten. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung“

Workshop „Raumagenten und kommunales Handeln“, 16.05.2019

Protokoll



Dipl.-Ing. Michael Heinze
Prof. Dr. Guido Spars

Chemnitzer Straße 50
44139 Dortmund
Tel. +49 (0)231 222 06-200
Mail: heinze@iri-dortmund.de
www.iri-dortmund.de



Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold

Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 (0)30 39001190
Mail: adrian@difu.de
www.difu.de

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Luise	Adrian	Deutsches Institut für Urbanistik
Laura	Bruns	stadtstattstrand
Jens	Gerhardt	Netzwerk Leipziger Freiheit
Michael	Heinze	Institut für Raumforschung & Immobilienwirtschaft Stadt Wien
Wencke	Hertzsch	Referentin für strategische Steuerung und Partizipation Stadt Stuttgart
Martin	Holch	Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
Maike	Jakoby	Wirtschaftsförderung Stuttgart Leerstands- und Zwischennutzungsmanagement Stadt Wien
Jutta	Kleedorfer	ehem. Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung
Jaqueline	Modes	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Ricarda	Pätzold	Deutsches Institut für Urbanistik
Anja	Röding	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat Stadt Erfurt
Dietmar	Schwerdt	Dezernat für Kultur und Stadtentwicklung Stadt Düsseldorf
Lars	Terlinden	Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft
Stephan	Willinger	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Tagesordnung

Begrüßung und Einführung in das Forschungsvorhaben	11.00-11.45 Uhr
Was ist ein Raumagent? Eine Typisierung anhand von Themen, Anlässen und Handlungsschwerpunkten	11.45-12.00 Uhr
Nachfragen und Diskussion	12.00-13.00 Uhr
Mittagspause	13.00-13.45 Uhr
Vorstellung der Forschungsergebnisse zum Thema Kooperation und Governance	13.45-14.15 Uhr
Diskussion von Thesen zu den Unterstützungsbedarfen	14.15-15.45 Uhr
Zusammenfassung der Diskussion und Ausblick	15.45-16.00 Uhr

Zusammenfassung der Diskussion

„Das gemeinsame Thema aller Akteure in allen Städten ist, wie man den vorhandenen Raum am besten nutzen kann“.

Block 1: Raumagenten – Ziele, Forschungsansatz/Methodik

Aus der Diskussion der Typologie (s. Thesenpapier und sowie Präsentation, Block 1) wurden folgende Aspekte deutlich:

- Generell wird der neue Begriff des Raumagenten als zusammenfassende Beschreibung für neue Intermediäre aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft positiv aufgenommen. Der Begriff ist sowohl anschaulich als auch hinreichend offen für die unterschiedlichsten Ausprägungen neuer Intermediärer in der Stadtentwicklung.
- Neben den gezeigten Typologien können Raumagenten auch nach ihrer Motivation und der Reichweite ihres Handelns (z.B. lokal, kommunal, regional) unterschieden werden.
- Raumagenten verändern sich. Der zumeist geringe Organisationsgrad der Raumagenten lässt leicht Veränderungen zu. Ziele und Strategien der Arbeit können sich mit den wechselnden Verantwortlichen ändern. So können aus intrinsisch motivierten zivilgesellschaftlichen Raumagenten im Laufe der Zeit Auftragnehmer der lokalen kommunalen Verwaltung werden, die dabei helfen, Ziele der Stadtentwicklung umzusetzen. Beispiel hierfür ist das Büro RADAR aus Frankfurt, die Räume für die Kultur- und Kreativszene in Frankfurt vermitteln.

Block 2: Governance

Die Thesen zum Thema Governance und den Kooperationshemmnissen wurden in Block 2 (s. Thesenpapier und sowie Präsentation) des Workshops diskutiert:

- Für zivilgesellschaftliche Raumagenten ist der Zugang zu Verwaltung und Politik unerlässlich, um Projekte oder Ideen umzusetzen. Dabei ist die Ansprache der Verantwortlichen in Verwaltung und Politik entscheidend. Eine professionelle, verlässliche und angenehme Ansprache macht es den Raumagenten in der Verwaltung einfacher, sich für die Bürgerprojekte und Anfragen aus der Zivilgesellschaft stark zu machen und diese zu unterstützen.
- Gute Projekte sind Vorbilder und schaffen Präzedenzfälle. Die Bereitschaft von Politik und Verwaltung bürgerschaftliche Projekte umzusetzen steigt, wenn es bereits gute Beispiele gibt, die entweder zeigen, welche Erfolge für die Stadt- und Quartiersentwicklung erzielt werden können oder aber das befürchtete Risiken nicht eintreten.
- Als wichtiger Erfolgsfaktor für die Umsetzung bürgerschaftlicher Projekte wird ein zentraler Ansprechpartner in der Verwaltung gesehen. Dieser kann selbst als Raumagent agieren oder aber Ansprechpartner für zivilgesellschaftliche Raumagenten sein. Diese wissen häufig nicht, wer für ihre Anliegen in der Verwaltung verantwortlich ist, weil Zuständigkeiten nicht transparent sind oder eine Hemmschwelle in der Ansprache der Verwaltungsmitarbeiter wahrgenommen wird.
- Dabei ist die Zugänglichkeit der Verwaltung für Bürgeranfragen von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich und abhängig von der jeweiligen Kultur innerhalb der Verwaltung. Beispielsweise wird der Verwaltung der Stadt Düsseldorf eine sehr gute Zugänglichkeit und Offenheit attestiert. Gute Beispiele sind auch der Kulturlotse in Erfurt, der der Verwaltung „ein Gesicht gibt“ und als zentraler Ansprechpartner für Anfragen aus der Kunst- und Kulturszene

fungiert sowie der Erfurter Trialog, der zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik gehalten wird. Als gutes Beispiel gilt auch das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement der Stadt Halle, in der Bürgeranfragen gebündelt und an die zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung weitergeleitet werden.

- Transparenz mildert Frustration. Wichtig ist die Transparenz des Politik- und Verwaltungshandels, damit deutlich wird, wie und mit welcher Begründung über bürgerschaftliche Projekte entschieden wird.
- Für die Umsetzung von bürgerschaftlichen Projekten wird empfohlen, die Spitzen von Politik und Verwaltung anzusprechen und damit „von oben“ auf die Entscheider in Verwaltung und Politik einzuwirken. Voraussetzung ist dafür aber eine hohe Kompetenz in der Ansprache und eine gute Vernetzung zwischen Bürgern, Raumagenten und städtischer Politik und Verwaltung.
- Vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch zivilgesellschaftlichen Raumagenten fehlt die Kompetenz, Widerstände in der Verwaltung zu überwinden und damit eine wichtige Voraussetzung, ihre Projektidee umzusetzen.
- Optimistischer ist die Einschätzung, dass sich eine gute Idee für ein bürgerschaftliches Projekt auch durchsetzt, d.h. in diesem Fall ist die Unterstützungsbereitschaft von Politik und Verwaltung eher gegeben und die Umsetzung wahrscheinlicher.
- Wichtige Rahmenbedingung für die Durchsetzung von Themen und die Arbeit von Raumagenten ist der stadtpolitische Diskurs. Beispiel hierfür ist das Thema Wohnen in der Stadt Leipzig. Über einen langen Zeitraum wurde das Thema vor allem unter den Vorzeichen von Schrumpfung und Leerstand diskutiert, seit ca. 20 Jahren gewinnt die Stadt aber wieder an Einwohnern. Für die Arbeit des Netzwerk Leipziger Freiheit ist der politische Diskurs zum Thema Wohnen wichtig und schafft „Rückendeckung“.
- Als Anreiz für die Umsetzung kleiner bürgerschaftlicher Ideen wurden die „Möglichkeitsräume“ in den Straßenquerschnitten der Seestadt Aspern (Wien) vorgestellt. Diese Möglichkeitsräume sind im Bebauungsplan keiner festen Nutzung z.B. als Fuß- oder Radweg zugeschrieben und können durch die Bürgerinnen und Bürger z.B. für Feste weitgehend frei genutzt werden.

Block 3: Konflikte, Vorschläge und Handlungsempfehlungen¹

Abschließend wurden die Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Raumagenten, Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung/-politik diskutiert (Block 3, s. Thesenpapier und sowie Präsentation).

- **Bürgerbudget und Förderprogramme:** Generell werden Bürgerbudgets positiv wahrgenommen. Als positives Beispiel für die Beteiligung von Kindern wurde das Budget des Kinderparlaments Luzern angeführt. Die Vergabe von Bürgerbudgets muss nach festen Kriterien und transparent erfolgen. Größere Summen können aber auch eine gewisse „Gier“ auslösen. Gemeint ist damit, dass damit eine Konkurrenz zwischen den Fördermittelnehmern erzeugt werden kann.
- Spielgeld für Raumagenten: Die Vergabe von kleineren Geldbeträgen erzeugt einen gewissen Verwaltungsaufwand. Gleichzeitig werden Mitnahmeeffekte befürchtet, d.h. dass die bürgerschaftlichen Projekte ggf. auch ohne kleinere öffentliche Geldbeträge umgesetzt würden. Spielgeld ist nicht für investive Projekte relevant, sondern für kleinstausgaben und hier können sie auch das „Schmiermittel“ sein, um ehrenamtliches Engagement zu erleichtern.

¹ Die Handlungsempfehlungen basieren auf den Vorschlägen der InterviewpartnerInnen

- In Erfurt wurde die Idee aufgeworfen, einen Dachverband der zivilgesellschaftlichen Akteure zu gründen, die sich mit dem Thema Kultur befassen. Der Dachverband soll die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Stadtverwaltung stärken.

- **Strukturen und Prozesse:** Grundsätzlich haben alle Handlungsempfehlungen ihre Berechtigung. Welche Organisationsform tatsächlich umgesetzt werden sollte, ist abhängig von den spezifischen Bedingungen in den Kommunen.
- Als sinnvoll wird erachtet, Personen in der Stadtverwaltung zu beschäftigen, die keine reine Verwaltungslaufbahn beschritten, sondern auch andere berufliche Erfahrungen gesammelt haben. Es wird vermutet, dass Personen, die von extern kommen, weniger stark formal denken und agieren und dadurch offener gegenüber bürgerschaftlichen Projekten und Ideen sind.
- Diese Offenheit findet sich z.T. auch bei erfahrenen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, weil diese die Spielräume im Verwaltungshandeln kennen und dadurch weniger stark formalistisch sind.
- Generell sollte das Thema „Beteiligung“ in der Verwaltung stärker trainiert werden. Ansatzpunkte sind dafür Publikationen wie die Freiraumfibel oder auch (neue) Weiterbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter.

Anhang Thesenpapier

Prolog: Forschungsgegenstand und Forschungsfragen

Der Begriff des „Raumagenten“ (Willinger 2017) beschreibt neue Intermediäre in der Stadtentwicklung, die als Kerninhalt ihrer Arbeit eine Vermittlungs- und Brückenfunktion zwischen Kommune und Zivilgesellschaft ausüben und in ihrer Tätigkeit über ein einzelnes Projekt hinaus raumwirksam sind.

Seit den 1980er Jahren entstehen immer mehr nutzerbasierte Projekte „selbstermächtigter Stadtmacher“, anfangs meist als Zwischennutzung, unterdessen auch als dauerhafte Strukturen. Etwa seit der Jahrtausendwende schlüpfen einzelne Akteure sukzessive in die Rolle, jenseits ihres eigenen Projekts andere Initiativen auf dem Weg der Projektumsetzung zu unterstützen. In der Praxis finden sich heute sowohl kommunale als auch zivilgesellschaftliche Raumagenten, die in der Regel auf einzelne Themenbereiche fokussiert sind (z.B. Urban Gardening, Gemeinschaftliches Wohnen, Inszenierungen im Öffentlichen Raum, Nachbarschaftsprojekte, Zwischennutzung etc.).

Aufgabe des Forschungsvorhabens „Raumagenten – Neue Intermediäre in der Stadtentwicklung“ war es, mehr über diese Akteure herauszufinden. Unter anderem wurden dafür in Leipzig, Erfurt, Wien und Stuttgart Fallstudien durchgeführt. Neben allgemeinen Forschungsfragen zu Tätigkeitsfeldern, Anlässen und Zielgruppen, ging es insbesondere auch um die Themen Repräsentativität, Legitimation und Gemeinwohl bzw. letztlich um die Frage, ob und wie solche Intermediäre stärker in die Stadtentwicklung einbezogen werden sollten und welche Unterstützung die Unterstützer benötigen.

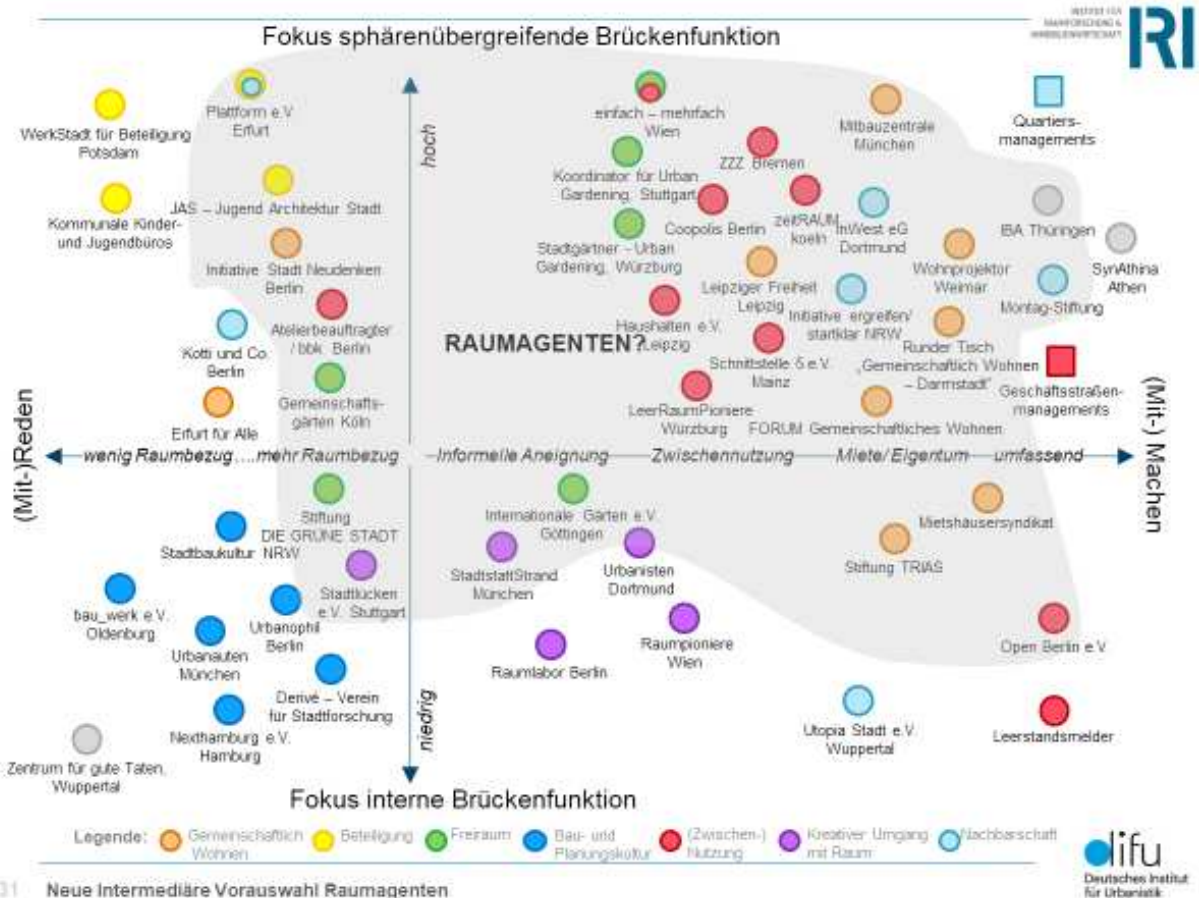


Abbildung 1: Typologisierung von Raumagenten²

² Die dargestellte Typologisierung wird auch Gegenstand es Expertenworkshops sein.

A. Ergebnisse Governance

1. Aus vielen Gründen wächst seit Ende der 80er Jahre die Zahl derer in der Stadtgesellschaft, die sich aktiv in die Stadtentwicklung einbringen. Damit wuchs – etwas zeitverzögert – auch die Zahl der zivilgesellschaftlichen Raumagenten. Eine aktive Bürgerschaft kann das Gemeinwesen bereichern und zu Innovationen beitragen, untergenutzten Raum beleben oder in engen Märkten zur Vielfalt beitragen. Mit ihren Investitionen (Zeit, Arbeit, Geld etc.) sind Bewohnerinnen und Bewohner wichtige Partner für Stadtentwicklungsprozesse. Raumagenten, ob staatlich oder zivilgesellschaftlich verortet, können dazu beitragen, diese Potenziale zivilgesellschaftlichen Engagements stärker nutzbar zu machen und gleichzeitig Raum- und Flächenressourcen besser zu nutzen.
2. Zivilgesellschaftliche Raumagenten entstehen meist aus konkreten raumwirksamen Projekten, aus der Befassung mit den Themen Stadtentwicklung und Stadtgestalt an lokalen Hochschulen oder aus politischem bzw. gesellschaftlichem Engagement. Viele haben „einschlägige“ Biografien und werden während ihrer Tätigkeit politischer. Die Grenzen zwischen Projektakteuren und Intermediären sind fließend. In größeren Projekten arbeiten zivilgesellschaftliche Raumagenten mit kommunalen Raumagenten zusammen. Die Frage, ob sie in der Stadtgesellschaft Vertrauen genießen, hängt weniger von ihrer Verortung (Staat, Zivilgesellschaft) ab, als von ihrer Biografie und Persönlichkeit. Wenn Beteiligungsbüros eingerichtet werden, wird in manchen Kommunen aber versucht, Glaubwürdigkeit und Transparenz mit einer paritätischen Stellenbesetzung (gleiche Anzahl kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure) strukturell zu verankern.
3. Raumagenten unterstützen unterschiedliche Zielgruppen dabei, Zugang zu Raum zu bekommen, um ihre Ideen und Vorhaben umzusetzen. Manche Projekte eröffnen grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen Mitmachangebote. Dennoch ist davon auszugehen, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von der Tätigkeit der Raumagenten profitieren. Eine „repräsentative Vertretung“ der Bürgerschaft oder eine ausgewogene Zielgruppenerreichung ist aber im Selbstverständnis der Akteure weder Anspruch noch Aufgabe der Raumagenten, insbesondere der zivilgesellschaftlichen.
4. Politik und Verwaltung in den Kommunen haben sich in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren – in unterschiedlichem Tempo – für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft geöffnet. Das bedeutete neue Aufgaben kommunalen Handels zu definieren, die zum Teil dem hoheitlichen Verständnis entgegen laufen. Mittlerweile wächst in den Stadtverwaltungen die Zahl der explizit beauftragten Intermediäre sowie die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ohne spezifischen Auftrag Schnittstellenfunktionen in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft einnehmen. Auch ihre Aufgabe ist es in der Regel nicht, alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen oder zu ermächtigen³. Einerseits setzen kommunale Raumagenten Ziele um, die im öffentlichen Interesse liegen⁴. Andererseits reagieren kommunale Raumagenten auf Projektideen aus der Zivilgesellschaft (z.B. Nachbarschaftsprojekte). Die Handlungsspielräume der kommunalen Raumagenten unterscheiden sich von Stadt zu Stadt erheblich.
5. Fast alle zivilgesellschaftlichen Raumagenten treten mit dem Anspruch der Gemeinwohlorientierung an. Dennoch vertreten sie in der Regel auch Partikularinteressen. Eine Gegenüberstellung der Begriffe ist wenig hilfreich, da sich das Gemeinwohl in einer Demokratie aus der Verhandlung und einem Ausgleich zwischen Partikularinteressen ergibt und auch gemeinwohlorientierte Vorhaben durchaus in Konkurrenz zueinander stehen (z.B. um Flächen, finanzielle Ressourcen etc.). Insofern basiert Gemeinwohl auf einem politischen

³ Ausnahme: besondere Gebietskulissen wie Soziale Stadt oder Teilnahmeverfahren, in denen erreicht werden soll, dass nicht nur die „Lauten“ zu Wort kommen.

⁴ z.B. Ziel: Wirtschaftsförderung – Zielgruppe Start-Ups bzw. Kreativwirtschaft; Ziel: Klimaschutz und Integration – Zielgruppe Urban-Gardening-Interessierte; Ziel: Interkommunaler Wettbewerb um Familien sowie städtebauliche Vielfalt – Zielgruppe Baugruppen, Genossenschaften

Abwägungsprozess. Allerdings kann konstatiert werden, dass viele Raumagenten sich dem Gemeinwesen im Quartier und einer langfristig orientierten Stadtentwicklung stärker verpflichtet sehen als reine Marktakteure, insbesondere solche ohne lokale „Bodenhaftung“.

6. Raumagenten lösen alte Intermediäre wie Verbände, tradierte Vereine, Parteien etc. nicht ab, sondern ergänzen sie durch ein neues Aufgaben- und Themenspektrum. Zum Teil engagieren sie sich selbst in klassischen Verbänden und Parteien und stellen in der Regel deren Bedeutung nicht in Frage.
7. Ein wesentlicher Unterschied zu den klassischen Intermediären ist, dass zivilgesellschaftliche Raumagenten sich meist nur aus pragmatischen Gründen eine Rechtsform geben⁵, nicht jedoch, um möglichst viele Mitglieder hinter sich zu versammeln und diese dann zu vertreten. Im Gegenteil: In der Regel wollen sie „schlank“ bleiben und auch ihre Zielgruppen haben wenig Interesse, sich langfristig an Vereine etc. zu binden. Die Initiativen grenzen sich auch nicht voneinander ab und haben meist keinen Alleinvertretungsanspruch für bestimmte Themen bzw. ihre Mitglieder, wie dies bei Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden der Fall ist. Das hat Folgen für ihr Selbstverständnis und die Frage, ob und wie sie in der Rolle einer Institution in Aushandlungsprozesse, Gremien oder die Planung eingebunden werden können. So können zum Beispiel in politischen Ausschüssen, runden Tischen oder bei der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange in Planungsprozessen relativ einfach klassische Institutionen gehört werden, die zum Beispiel die Interessen der AutofahrerInnen, RadfahrerInnen oder FußgängerInnen vertreten. Mit einer begrenzten Zahl von Institutionen kann eine große Bandbreite der Interessen abgedeckt und eine große Zahl von Mitgliedern gehört werden. Da eine generelle Verortung der Raumagenten oft nicht passiert und sie nur selten „Dachverbände“ gründen, ist die regelhafte Einbindung der vielzähligen Raumagenten in vielen Kommunen allenfalls punktuell umsetzbar.
8. Ein großer Teil der zivilgesellschaftlichen Raumagenten arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Bei hohem Arbeitsaufkommen in komplexen Projekten eröffnet diese Form der „Selbstaussbeutung“ oft keine langfristige Perspektive für deren Vereine oder Initiativen. Für Verwaltungen sind Initiativen, die sich ein Stück weit professionalisiert haben⁶, deshalb zuweilen verlässlichere Partner für auf Dauer angelegte Kooperationen. Andererseits haben einige Raumagenten gar nicht den Anspruch, als Verein o.ä. langjährig existieren zu wollen. Auch wenn dabei Wissen verlorengeht, halten sie es für gut, wenn neue Menschen mit neuen Ideen eigene Vereine gründen, statt die „Nachfolge“ in vorhandenen anzutreten.
9. Die Kooperationsbereitschaft der Kommunen gegenüber Raumagenten fällt erwartungsgemäß höchst unterschiedlich aus und ist abhängig von vielen Faktoren, z.B.: Problemdruck, Verhältnis dringlicher Aufgaben zu Personalausstattung, Haushaltsspielräume, Verhältnis Aufwand zu erwartbarem Nutzen, aber natürlich auch von der „Übung“ oder der Kommunikations- und Kooperationskultur einer Stadt, die häufig stark von Politik und Verwaltungsspitze geprägt ist (Fehlerkultur etc.). Die Verwaltung kann gute Gründe haben, nicht immer dialogbereit oder kooperationsbereit zu sein, das sollte akzeptiert werden. Andererseits entgegen machen Städten Chancen und gemeinsame Lernprozesse, wenn „Berührungsängste“, generelle Abwehrhaltungen oder Hilflosigkeit eine Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. Raumagenten verhindern.
10. Verwaltung und Politik müssen sich rechtfertigen, warum sie zum Beispiel Flächen aus der wirtschaftlichen Verwertungslogik herausnehmen und Initiativen zur Verfügung stellen oder warum die eine Initiative der anderen vorgezogen wird. Deshalb werden alle wichtigen und insbesondere stark ressourcenrelevanten Entscheidungen über Projekte und Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand von gewählten Gremien getroffen. Die

⁵ z.B. um als juristische Person Verträge abschließen zu können, oder Versicherungsfragen zu lösen

⁶ Da sie sich z.B. selbst über akquirierte Fördermittel oder ein marktwirtschaftliches Standbein finanzieren.

Projekte der Raumagenten werden damit politisch legitimiert. Es stellt sich aber die Frage, wie Projekte den Weg in Abwägungsprozesse finden.

11. Für Raumagenten förderlich ist der Aufbau und die Pflege von persönlichen Netzwerken und Kontakten zu Politik und Verwaltungsspitzen („Hinterzimmergespräche“) – wenn möglich parteiübergreifend. Ähnlich wie bei „Investorenprojekten“ gilt: Eine plausible Geschichte und eine gute Visualisierung der Ideen sind neben guten Argumenten oft entscheidend für eine politische Unterstützung. Der Weg über die Politik mag für Raumagenten, die bereits erfolgreich Projekte umgesetzt haben und ein gewisses „Gewicht“ haben (z.B., weil sie in großem Umfang Fördermittel akquirieren), ein guter Weg sein. Für viele steht dieser Weg jedoch nicht offen. Eine andere Möglichkeit ist, in der Verwaltung FürsprecherInnen zu finden, die das Projekt dann in die Entscheidungsprozesse bringen. In einigen Städten haben sich unterdessen zu bestimmten Themen dauerhafte Strukturen der Kooperation etabliert, die von losen informellen Austauschformaten bis zu relativ formellen Kooperationen in Netzwerken und runden Tischen reichen.
12. Zwar nutzen alle Raumagenten das Web oder Social Media zur Information, Selbstorganisation oder Bewerbung von Veranstaltungen. Öffentlichkeit wird in der Regel aber nicht als „Druckmittel“ eingesetzt, sondern erst hergestellt, wenn ein Konsens mit Partnerinnen und Partnern in den Kommunen erzielt werden konnte. Persönliche Netzwerke und Face-to-face-Kommunikation spielen noch immer die zentrale Bedeutung in der Zusammenarbeit nach innen und außen.
13. Die Kooperationsbereitschaft und der Erfolg von Kooperationen hat weniger mit dem Typ des Intermediärs (Verortung, Rechtsform etc.), den Strukturen in den Verwaltungen oder der Stadtgröße zu tun, als mit den Menschen, die involviert sind. Deshalb sind allgemeingültige Empfehlungen aus Sicht der Raumagenten kaum ableitbar.
14. Grundsätzlich ist die Tätigkeit von Raumagenten unter Schrumpfbedingungen etwas einfacher – es gelingt eher eine Interessenkongruenz zwischen EigentümerInnen, NutzerInnen und Kommune herzustellen (z.B. Wächterhausprojekt in Leipzig). In engen Märkten ist der Zugriff auf Räume und Flächen dagegen schwieriger. Nutzungskonkurrenzen erfordern Abwägungsprozesse und führen zu einem hohen Rechtfertigungsdruck von Politik und Verwaltung. Allerdings scheinen Städte, die unter Schrumpfbedingungen starke und vertrauensvolle Kooperationsstrukturen aufgebaut haben, diese auch unter Wachstumsbedingungen zum Teil fortführen zu können.
15. Erschwert werden Kooperationen durch wechselnde Mehrheiten in der Kommunalpolitik. Auch erfordern Projekte von Raumagenten manchmal eine gewisse Risikobereitschaft und ungewöhnliche Lösungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen brauchen dafür unbedingt den Rückhalt in der Verwaltungsspitze.
16. Themenübergreifende, regelhafte Strukturen der Zusammenarbeit von Raumagenten innerhalb der Verwaltungen oder von Verwaltung und Zivilgesellschaft gibt es offenbar nur in wenigen Städten. Auch finden Projekte oder „Vorhalteflächen“ für nutzerbasierte Projekte nur selten Eingang in Konzepte oder Pläne der Stadtentwicklung und Freiraumplanung. Ob und wie weit dies sinnvoll und möglich ist, sollte an anderer Stelle untersucht werden.

B. Ergebnisse Kooperationshemmnisse

1. Für viele Städte sind Kooperationsprojekte mit Raumagenten ein Experiment, denn Erfahrungswissen muss erst aufgebaut werden. Insofern starten viele Städte parallele Lernprozesse und machen unterschiedliche Erfahrungen. Beispiele zeigen, dass mit den Hürden in Kommunikationskultur, Abläufen und Verbindlichkeit produktiv umgegangen werden kann und am Ende kommunale wie zivilgesellschaftliche Akteure die Projekte als großen Erfolg bewerten.
2. Ein sehr häufiger Konflikt, der im Laufe der Zusammenarbeit auftritt, beruht auf Erwartungsdifferenzen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Das betrifft vor allem die Verantwortlichkeit und Finanzierung von einzelnen Aufgaben und Projektbausteinen. Manches liegt nur an Missverständnissen und klärt sich im Prozess. Manchmal wird aber versäumt, zu Beginn sehr klare Absprachen zu treffen. Wenn beide Seiten auf wenig personelle und finanzielle Ressourcen zurückgreifen können, sind solche Interessenkonflikte nur lösbar, wenn beide Seiten Verständnis für die Position und die Rolle der jeweils anderen Seite aufbringen und auf beiden Seiten der unbedingte Wille besteht, das Projekt gemeinsam umzusetzen.
3. Erwartungsdifferenzen gibt es weiterhin zwischen Raumagenten und deren Klientel. Im Prozess stellen Raumagenten oft fest, dass NutzerInnen in den Projekten weit weniger Eigeninitiative entfalten oder sich Bürgerinnen und Bürger bei Mitmachangeboten weit weniger aktiv einbringen können oder wollen als angenommen.
4. Konflikte entstehen auch aus den unterschiedlichen Handlungsspielräumen von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Im Bereich der Sicherheit ist z.B. die Verwaltung für die Einhaltung von Sicherheitsanforderungen zuständig und haftet dafür – bis hin zur persönlichen Haftung der MitarbeiterInnen. Das Insistieren hinsichtlich der Einhaltung von Vorschriften wird in der Zivilgesellschaft häufig als „Ängstlichkeit“, Inflexibilität und Bürokratie wahrgenommen. Zudem überfordern viele der Auflagen ehrenamtliche Akteure bzw. können notwendige Genehmigungsanträge in offenen Prozessen erst sehr spät eingereicht werden. Im Laufe der Zusammenarbeit können jedoch gemeinsam pragmatisch-kreative Lösungen gefunden werden. Hilfreich ist, wenn VerwaltungsmitarbeiterInnen nicht nur Entscheidungen fällen, sondern diese auch erklären bzw. ihr Wissen einsetzen, mögliche Wege aufzuzeigen.
5. Die häufig ergebnisoffenen Prozesse und temporären Projekte der StadtmacherInnen rufen einen weiteren Konflikt hervor: Kommunen und FördermittelgeberInnen denken mit Blick auf eine verantwortliche Mittelverwendung ergebnisorientiert und streben – insbesondere baulich – langfristige Lösungen an. Und während diese in der Regel einen professionellen Blick auf Architektur und Stadtgestalt haben und sich zudem mit den Ansprüchen der Nachbarschaften auseinandersetzen müssen, suchen viele StadtmacherInnen gerade das Improvisierte, Selbstgestaltete, „Wilde“. Ein improvisierter Bau stellt für die einen Freiheiten für Entwicklungspfade und niederschwellige Angebote dar, für die anderen die Abwesenheit baukultureller Sensibilität.
6. Da zivilgesellschaftliche Akteure überwiegend ehrenamtlich in ihrer Freizeit tätig sind, sind sie keine klassischen kommerziellen MieterInnen, PächterInnen oder EigentümerInnen, die Regularien kennen und Gewinn erwirtschaften wollen. Sie sind in der Regel stark auf ihr Projekt fokussiert. Und sie wollen als Erbringer nicht selbstverständlicher Denk- und Arbeitsleistungen gesehen werden. Demgegenüber sind Kooperationsleistungen nicht selbstverständlicher Teil der Arbeitsplatzbeschreibung von VerwaltungsmitarbeiterInnen. Diese haben eine große Aufgabenfülle zu erledigen und sich an Prioritätensetzungen zu halten. Das führt auf der einen Seite schnell zu Ungeduld und manchmal auch zur Ablehnung weiterer Eigenleistungen, auf der anderen Seite zur Überforderung und zuweilen auch Blockade.

7. Raumagenten haben zu Beginn der Kooperationen oft keine „Verwaltungserfahrung“ und manchmal wenig Verständnis für hierarchische Entscheidungswege bzw. dafür, dass auf Sachbearbeiterebene in der Regel in Verhandlungen keine Zusagen gemacht werden können. Auch müssen sie erst den Unterschied zwischen mündlicher und schriftlicher Kommunikation in der Verwaltungsarbeit kennen und verstehen lernen.
8. Die Offenheit und der Anspruch, dass jede und jeder ohne weitere Abstimmung sein Quartier mitgestalten können sollte, etwa mit Möblierungen und künstlerischen Interventionen, beruht auch darauf, dass dies bislang nur von relativ kleinen und „geschmackshomogenen“ Gruppen umgesetzt wird – es also kaum konkurrierende Gestaltungen gibt. Kommunen müssen neben Sicherheitsaspekten auch Funktion und Nutzung des öffentlichen Raums insgesamt im Blick haben, ebenso wie den Gleichbehandlungsgrundsatz.

C. Vorschläge der InterviewpartnerInnen

Finanzielle Aspekte

1. **Bürgerbudget als Form der direkten Demokratie für die Finanzierung und Co-Finanzierung von kleinen Projekten:** Hier fällt die Entscheidung basisdemokratisch (Mehrheitsvotum) oder per Ideenwettbewerb.
2. **„Spielgeld“ für kommunale Raumagenten:** Kommunale Raumagenten könnten mit Mitteln ausgestattet werden, damit sie schnell und unbürokratisch, wenngleich nach transparenten, öffentlich verhandelten Kriterien Projekte unterstützen könnten. Oft helfen schon kleine Summen, um sie anzustoßen.
3. **Kein „Spielgeld“ für kommunale Akteure:** Kommunale Raumagenten sollten nur in Ausnahmefällen über eigene Budgets verfügen: Das macht es den Raumagenten leichter, das Vertrauen von Politik oder freier Szene zu gewinnen und dauerhaft zu behalten. Vermittlung und Vernetzung sind oft viel wichtiger für den Erfolg ihrer Tätigkeit, als finanzielle Mittel. Diese führen oft zu Anspruchshaltungen und Konkurrenzen und senken eher die Kooperationsbereitschaft von Akteuren. Zudem kommt es zum Vorwurf der Willkür.
4. **Personalkosten für Akteure der Zivilgesellschaft:** Wenn sich in der Zusammenarbeit herausstellt, dass die Aktivitäten der Raumagenten und Projektbeteiligten einen großen Nutzen für die Stadt haben oder diese Aufgaben übernehmen, für die anderenfalls jemand hätte beauftragt werden müssen, sollte es eine Möglichkeit geben, dass die Stadt einen Teil der Leistungen bezahlt.
5. **Keine Personalkosten für Akteure der Zivilgesellschaft:** Zivilgesellschaftliche Raumagenten sollten für ihre Tätigkeit nicht entlohnt werden, weil sich die Legitimationsfragen noch deutlicher stellen würden, die Vergabebestimmungen zum Tragen kämen, die Überwindung von Hürden die Initiativen oft stärkt und zur Dauerhaftigkeit ihres Engagements beiträgt und weil es für Raumagenten eher motivationshemmend ist, wenn einige für einiges bezahlt werden und andere nicht. Raumagenten brauchen aber in jedem Fall eine Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Arbeit und Denkleistung.
6. **Unterstützung für die Vernetzung von Akteuren und die Gründung von Dachverbänden:** Durch die Vernetzung und Gründung von Dachorganisationen ist es für die Akteure leichter, Lobbyarbeit zu betreiben, institutionelle Förderung und einen Sitz in politischen Ausschüssen zu bekommen. Weil es zum Teil an der Selbstorganisationskraft und an Mitteln für notwendige Formate fehlt, sind beispielsweise breite Netze der Soziokultur auf Unterstützung angewiesen. Offen ist, wie bei großer Interessenvielfalt die Frage des Mandats geregelt werden kann.
7. **Übertragung von zweckgebundenen Budgets an Dachorganisationen:** Kommunen sollten zum Beispiel den Teil der Kulturförderung, der für „Subkultur“ vorgesehen ist, direkt an entsprechende Dachverbände weitergeben, die basisdemokratisch über die Verwendung der Mittel entscheiden.
8. **Neue Förderprogramme:** Es sollten Förderprogramme (Bund, Länder, EU) aufgelegt werden, die explizit für ergebnisoffene Stadtentwicklungsprozesse ausgelegt sind. Programme wie „Initiative ergreifen“ gehen den richtigen Weg. Das Gebäude wird nur als Mittel zum Zweck angesehen.
9. **Öffnung von Förderprogrammen:** Die föderale Förderlandschaft ist für viele Raumagenten intransparent. Der Zugang kann nur über sehr viel Eigenengagement erreicht werden oder durch eine gezielte Beratung der Kommune. Gleichsam sind Raumagenten, wenn sie keine „geordnete“ rechtliche Form aufweisen, häufig nicht förderfähig. Die Städtebauförderung bietet derzeit nur mit dem Verfügungsfonds ein „Schlupfloch“, durch das auch (kleinere) raumwirksame Projekte von informellen Gruppen gefördert werden können.

10. **Eigenanteil von Kommunen senken:** Der Eigenanteil von Kommunen in Förderprogrammen sollte herabgesetzt oder durch einen anderen Fördertopf ergänzt werden können, wenn große Projektanteile in Eigenleistung von Ehrenamtlichen erledigt werden.
11. **Nicht-öffentliche Finanzierung von nutzerbasierten, selbsttragenden Projekten:** Es sollte eine Stiftung oder eine Genossenschaft mit Anleihemodellen gegründet werden, die dann einen revolvingenden Fonds einrichtet. Die öffentliche Hand würde nur einmalig die Schaffung der Strukturen und Entwicklung der Mechanismen fördern und sich in das Stammkapital einbringen. Gewählte Akteure würden gemeinsam nach transparenten Kriterien Projekte auswählen, die unterstützt werden. Aus den Projekten, die sich selbst tragen müssten, würde – wie beim Mietshaussyndikat – ein Solidarbeitrag zurückfließen.

Strukturen und Prozesse

1. **Eine Stabstelle in der Verwaltung für Kooperationen in unterschiedlichen Themenfeldern** könnte für Raumagenten eine zentrale Anlaufstelle bieten und außerdem verwaltungsinterne Prozesse erleichtern, auch durch klare Entscheidungsstrukturen.
2. **Externe Koordinationsstelle:** Aufgrund der Aufgabenvielfalt müssen Koordinierungsstellen zwar öffentlich finanziert sein, für eine externe Beauftragung spricht aber, dass Konflikte offener ausgetragen werden und neutraler vermittelt werden kann.
3. **Die Einsetzung von „KümmerInnen“ als Anlaufstelle und Koordinationsstelle für Ehrenamtliche** und „ErmöglicherInnen“ bürgerschaftlicher Ideen geht als Vorschlag noch darüber hinaus. Raumagenten sehen sich allerdings überwiegend nicht in der generellen Diskussion um Ehrenamt.
4. **Auf keinen Fall sollten neue Intermediäre „geschaffen werden“**, um die Kommunikation zwischen den bestehenden zu unterstützen. Es ist auch mit Blick auf Kreativität und Offenheit immer besser, die vorhandenen Strukturen aufzugreifen und zu verbessern.
5. **Die Strukturen in der Verwaltung sind unerheblich**, wenn Kooperationsbereitschaft auf allen Seiten besteht, Zusammenarbeit gelebt wird und Kapazitäten/ Stellen dafür eingeplant sind.
6. Entscheidend ist es, **Labore, Veranstaltungen und Wettbewerbe** zu initiieren, damit Kommunen mit Raumagenten in Kontakt zu treten und deren Impulse und Ideen aufnehmen können. Gerade Nischenprojekte, die sonst unter der Wahrnehmungsschwelle liegen, können große Wirkungen entfalten und Innovation befördern.
7. **Es bedarf keiner speziellen Formate, um in Kontakt mit den Ideen der StadtmacherInnen zu kommen:** Meist finden sich in Verwaltungen in den unterschiedlichen Ressorts bereits Menschen, die enge Kontakte zur „Szene“ haben, bestens informiert sind und es gewohnt sind zu netzwerken (z.B. im Zwischennutzungsmanagement).
8. **Abläufe in Ämterrunden effektivieren:** In Ämterrunden wird sehr viel Zeit von sehr vielen Menschen damit verbracht, Fragen zu diskutieren – und die EntscheiderInnen sitzen oft nicht mit am Tisch. Wenn von einzelnen bereits Lösungsvorschläge erarbeitet und mit Vorgesetzten abgestimmt worden wären, könnte viel Zeit in der Verwaltung und viel Zeit der Raumagenten eingespart werden.
9. **Keine effektiveren Strukturen, denn Effektivität verhindert Kreativität:** Andererseits entstehen kreative und innovative Lösungen gerade im gemeinsamen Lernprozess.

10. **Eine Projektkoordination pro Projekt:** Bei größeren Projekten ist es unerlässlich, dass eine Person „den Hut aufhat“, die Koordinationsfunktion in der Verwaltung übernimmt, feste Ansprechperson für die Raumagenten ist und dafür auch die richtigen Kompetenzen und ein ausreichendes Zeitkontingent hat.
11. **Schlüsselpersonen in Verwaltungen zu AnsprechpartnerInnen machen:** Auch Persönlichkeiten der Verwaltung, die sich selbst in einer intermediären und zum Teil auch etwas subversiven Rolle sehen, sind hilfreich für die Initiativen und ermöglichen einen kurzen Draht in die Verwaltung. Manche Schlüsselpersonen sollten offiziell zu Ansprechpersonen ernannt werden.
12. **Externe LösungsentwicklerInnen:** Es wäre wichtig, dass in Konfliktsituationen temporär eine externe Person mit speziellen Kompetenzen eingesetzt werden kann. Sie muss beiden Seiten zuhören, die Positionen verstehen und lösungsorientiert Vorschläge entwickeln für das, was beide Seiten wollen und brauchen (z.B. für Haftungsfragen, für Formulierungen in Anträgen etc.).

Weitere Vorschläge

1. Eine grundsätzliche, **öffentliche Diskussion über die Aufgabenteilung zwischen Stadt und Bürgerschaft** ist notwendig. Wenn Projekte zum Beispiel einen erheblichen Teil zur Gemeinwesenarbeit oder zur Schaffung von Infrastrukturen in wachsenden Städten beitragen, ist die kostenfreie Überlassung von Raum anders zu bewerten – zumal dann, wenn sich die Kommune selbst aus solchen Aufgaben zurückgezogen hat.
2. **Kooperationen mit der Zivilgesellschaft sollten Eingang in die Programmatik von Verwaltung finden.** Dies könnte die Voraussetzung dafür sein, selbstreflektierende Strukturen aufzubauen und Koproduktion stärker in Plänen und Konzepten zu verankern.
3. **Curriculum für Verwaltungshochschulen:** Eine Möglichkeit, kommunale Akteure auf die Koproduktion von Stadt vorzubereiten, wäre, die Ausbildung (Verwaltungshochschulen etc.) um entsprechende Bausteine zu ergänzen. Ausgewählte Raumagenten, Universitäten und Kommunen könnten das Curriculum gemeinsam entwickeln.
4. **Erfahrungsaustausch zu wichtigen Themen und kreativen Lösungen organisieren:** Zu zentralen Themen wie Haftungsfragen sollten innerhalb der Verwaltungen, aber auch bundesweit Fortbildungsveranstaltungen und ein Erfahrungsaustausch für kommunale Akteure wie für zivilgesellschaftliche angeboten werden. Auch weitere Publikationen zu Projekten, ihren Fallstricken und Lösungen könnten dazu beitragen, Erfahrungswissen nutzbar zu machen.
5. **Gezielte Stellenbesetzungen mit Externen:** Einige Städte besetzen einen Teil ihrer Stellen schon jetzt bewusst mit BewerberInnen ohne Verwaltungslaufbahn, zum Teil sogar direkt aus der Stadtmacherszene. Das trägt zum gegenseitigen Verständnis und gemeinsamen Lernen bei.
6. **Digitale Angebote in Verwaltungen:** Perspektivisch interessant könnten digitale Angebote von Verwaltungen sein, die Genehmigungsprozesse vereinfachen und beschleunigen oder mehr Transparenz über Entscheidungen und Kompromisse schaffen. Auch Plattformen, die aufzeigen, wo und wie Mitmach- oder Beteiligungsangebote für BürgerInnen und Initiativen bestehen, wären hilfreich. In einigen Städten sind solche Angebote bereits in Planung.
7. **Projektaustauschplattform außerhalb der Verwaltung:** Es gibt bereits einige Webseiten, die Informationen zu Projekten und Akteuren enthalten. Vor allem für junge Initiativen wäre

eine zentrale Plattform hilfreich, auf der ähnliche Projekte gefunden, Erfahrungen zu bestimmten Themen abgerufen oder Foren genutzt werden könnten.

8. **Kommunale „Behördenwegweiser“:** In einigen Kommunen wurden bereits Tools (manchmal auch nur einfache Listen) erarbeitet, die es Initiativen erleichtern, sich einen Überblick zu verschaffen über notwendige Genehmigungen, AnsprechpartnerInnen, Fördermöglichkeiten und -bedingungen etc. Wünschenswert wäre, dies in allen Kommunen zur Verfügung zu stellen und regelmäßig zu pflegen.



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

Im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Workshop „Raumagenten und kommunales Handeln“

16. Mai 2019

INSTITUT FÜR
RAUMFORSCHUNG &
IMMOBILIENWIRTSCHAFT

IRI

lifu
Deutsches Institut
für Urbanistik

Tagesprogramm



11.00 Begrüßung

11.10 Kurze Vorstellungsrunde

11.30 Block I: Raumagenten - Ziele, Forschungsansatz/Methodik
Rückmeldung zu Typisierung

12.30 Block II: Governance
Generaldebatte

13.15 Pause

14.00 Block III: Konflikte und Vorschläge
Einzeldiskussion und Ergänzungen

15.30 Abschlussdiskussion: Weitere Vorschläge?

15.50 Ausblick: Was nehmen wir mit?

16.00 Ende



Block I

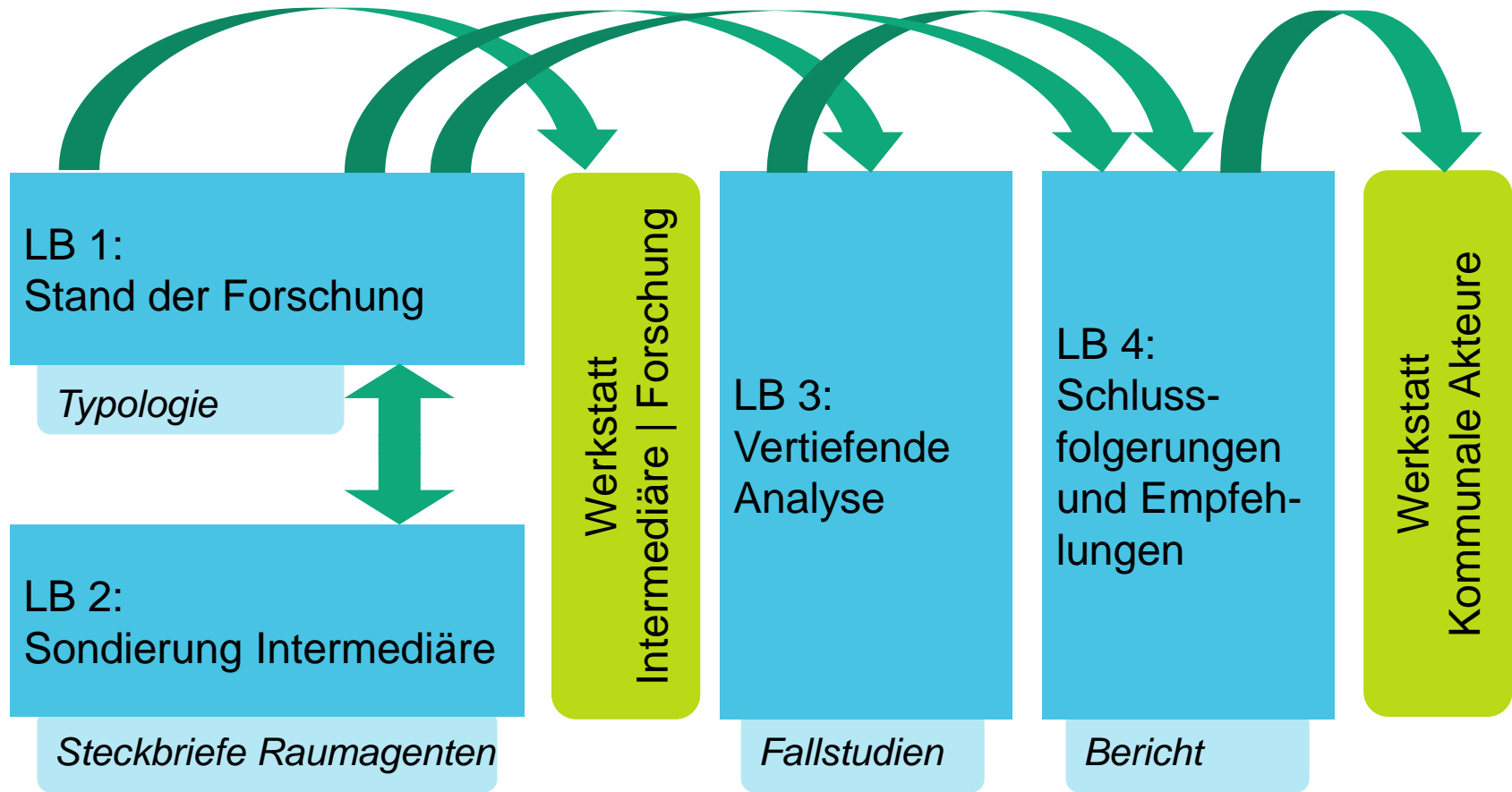
- Auftrag und Methodik
- Definition Raumagenten
- Typen, Aufgabenfelder, Anlässe...

Kernfragen

- Was ist ein Raumagent?
- Welche Typen von Raumagenten gibt es? Was sind die Themenfelder und Anlässe ihrer Tätigkeit?
- Mit welcher Legitimation handeln sie?
- Wie werden sie derzeit in politische Aushandlungssysteme eingebunden?
- Wie werden sie in Konzepte und Pläne der Stadtentwicklung eingebunden?
- Wie können sie unterstützt werden?



Projektverlauf - Projektbausteine

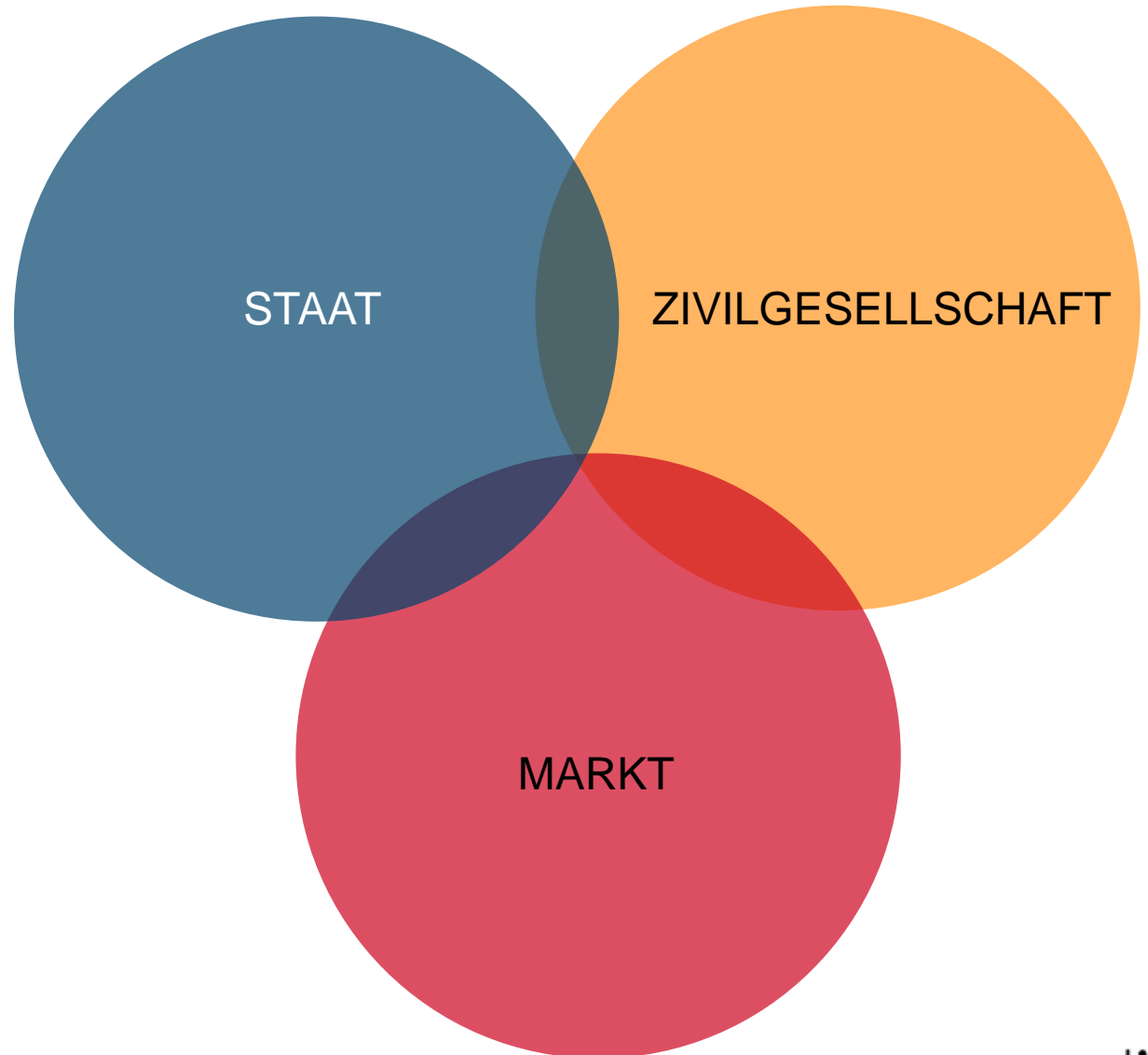


● 11/17 bis 04/18

● 05/18 bis 12/18

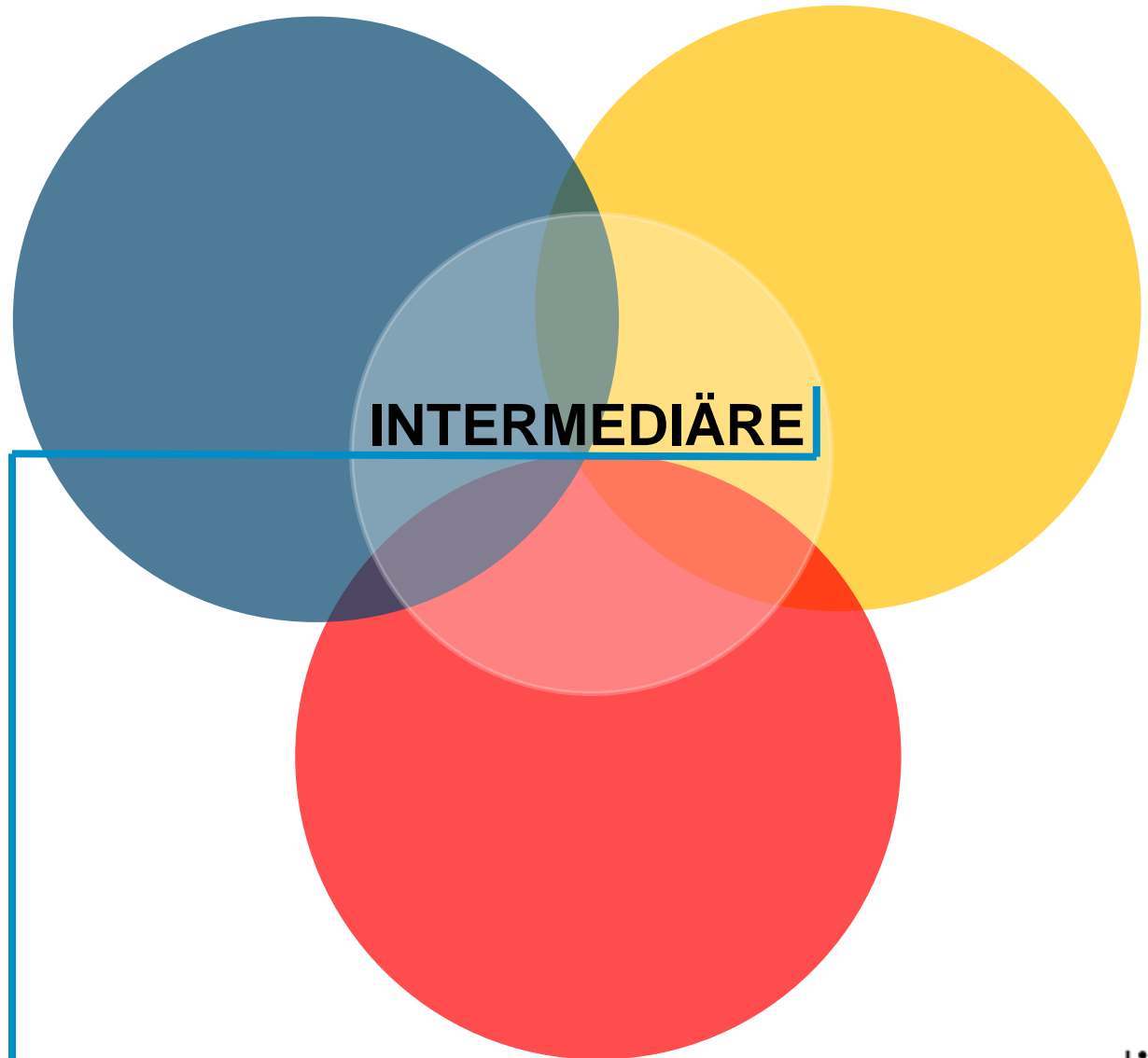
● 12/18 bis 05/19

Begriffe und erste Definition „Raumagent“



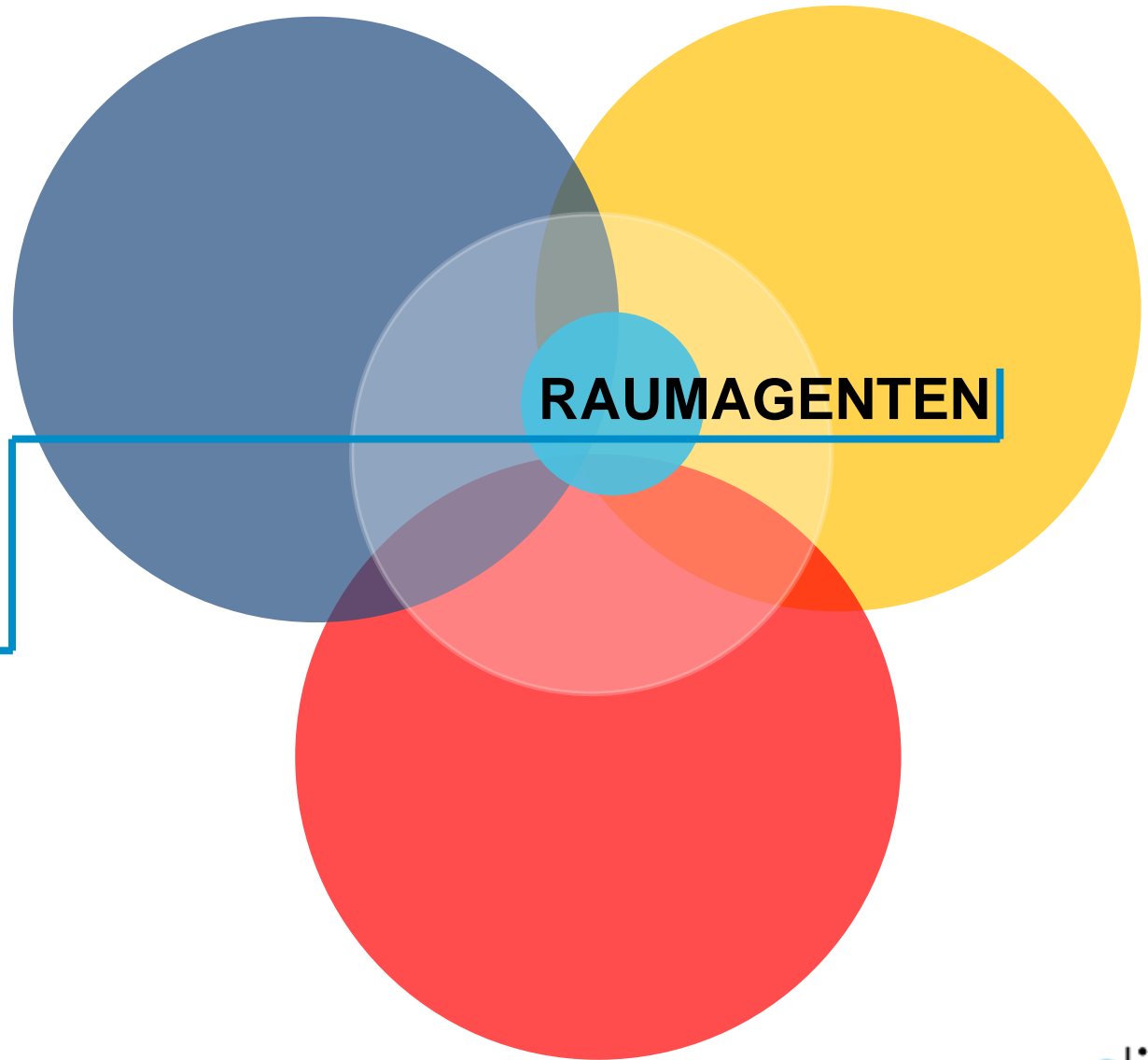
Begriffe und erste Definition „Raumagent“

- Vermittlungs- und Brückenfunktion als Kerninhalt der Arbeit
- ... im Schwerpunkt zwischen den Sphären Zivilgesellschaft und Staat bzw. Markt und Staat
- z.B. Parteien, Verbände, Träger öffentlicher Belange



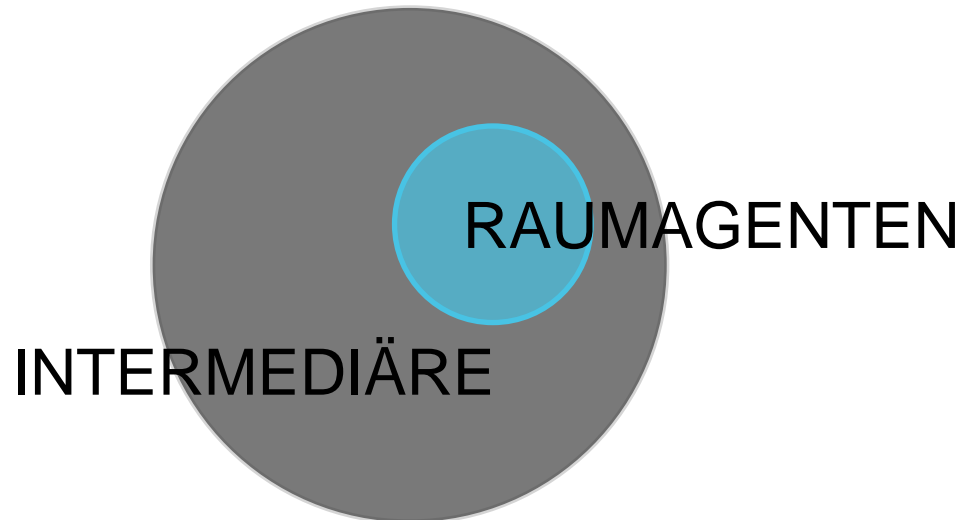
Begriffe und erste Definition „Raumagent“

- Raumagenten als Teilmenge der Intermediäre



Begriffe und erste Definition „Raumagent“

- Vermittlungs- und Brückenfunktion als Kerninhalt der Arbeit
- ... im Schwerpunkt zwischen Kommune und Zivilgesellschaft
- Raumwirksamkeit als Ergebnis der Arbeit
- Schwerpunkt der Tätigkeit herausgehoben aus einzelner Projekt
- „Neue“ Intermediäre für „neue“ Akteure



Neue Akteure, neue Intermediäre

Rahmenbedingungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

- Gesellschaftlicher Wandel: Wertewandel, Protestbewegungen, alternative Lebenskonzepte, Rehabilitation des Stadtlebens, DIY, Sharing, ...
- Grenzen des Wachstums, Ölkrisen, Globalisierung, internationaler Wettbewerb, Strukturwandel
- Rückzug des Staates, Privatisierung, Auslagerung staatlicher Aufgaben, PPP („Urbane Regime“, „Koproduktion“)
- Planungsverständnis: „behutsame Stadterneuerung“, Kommunikation als neue Dimension, Soziale Stadt, Partizipationsverfahren - „neue Intermediäre“ der ersten Generation

Neue Akteure, neue Intermediäre

Folgen

- Öffnung Kommunen für kooperatives Handeln
- „Möglichkeitsräume“ – Fabriken, Werften, Bahnflächen ...
- Not zur Kreativität / Zeitbudgets durch hohe Arbeitslosigkeit
- Internet verändert Arbeit und Kommunikation
- „freiere“ Generation (Mitbestimmung, Mitgestaltung ...)

Neue Akteure, neue Intermediäre

Neue Akteure

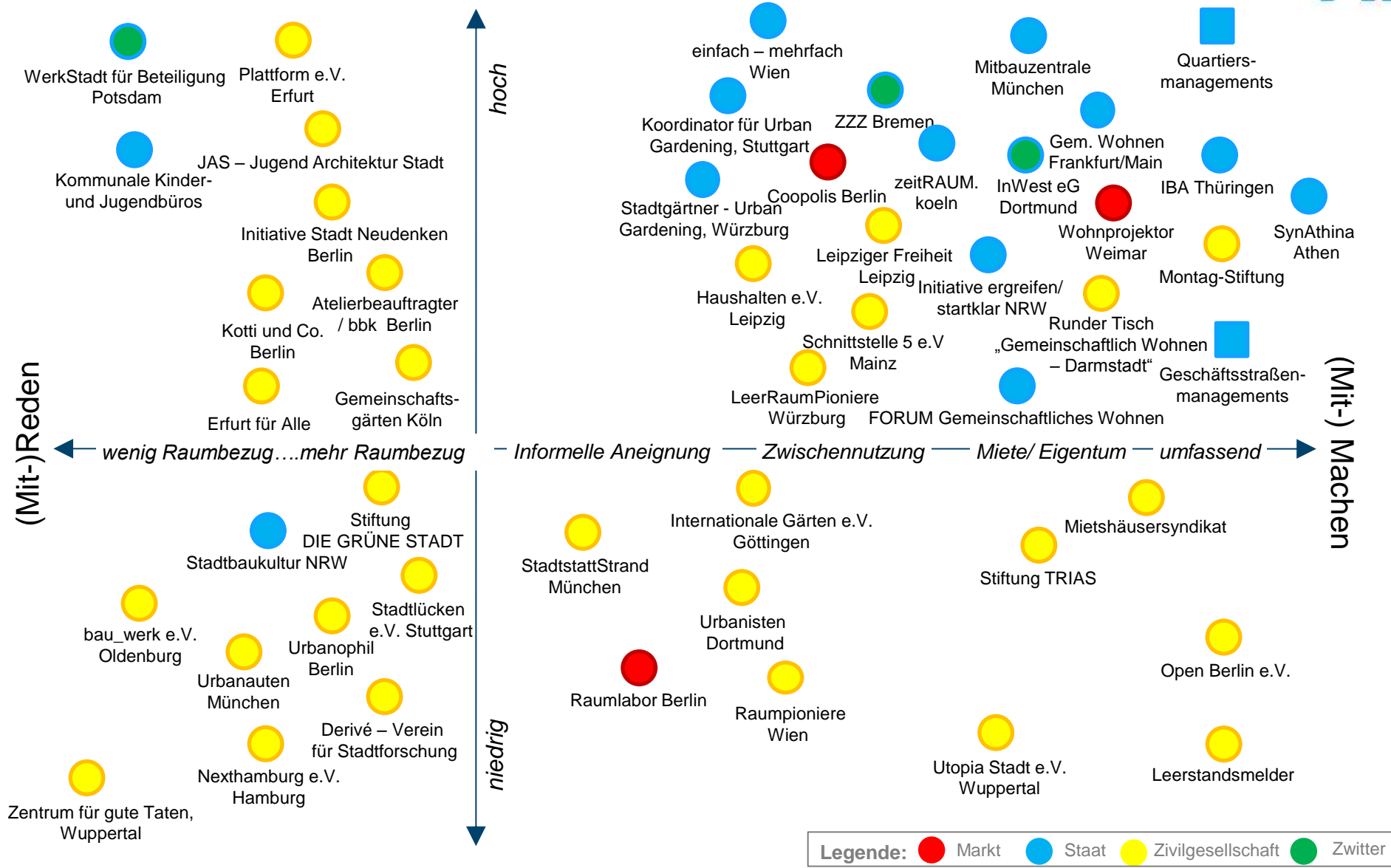
Seit 1990 steigende Zahl von Akteuren mit deutlichem Aneignungs- und Gestaltungsanspruch.

- ZwischennutzerInnen
- Raumpioniere
- Raumunternehmen
- Baugruppen
- Stadtgärtner
- Stadtaktivisten (Interventionen, Stadtpolitik, ...)
- ...

Seit ca. 2000 steigt Aufmerksamkeit für „kreative Klasse“ (u.a. R. Florida), für das Potenzial der neuen Akteure und nutzerbasierte Projektentwicklung

▶ Gleichzeitig entstehen neue Intermediäre.

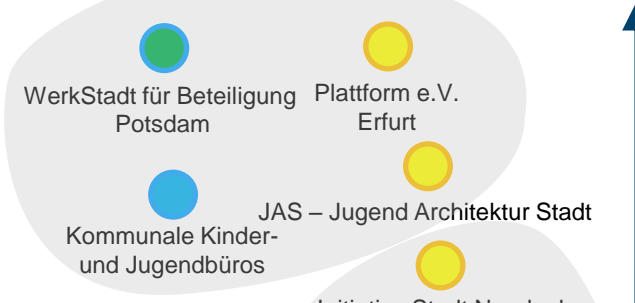
Fokus sphärenübergreifende Brückenfunktion



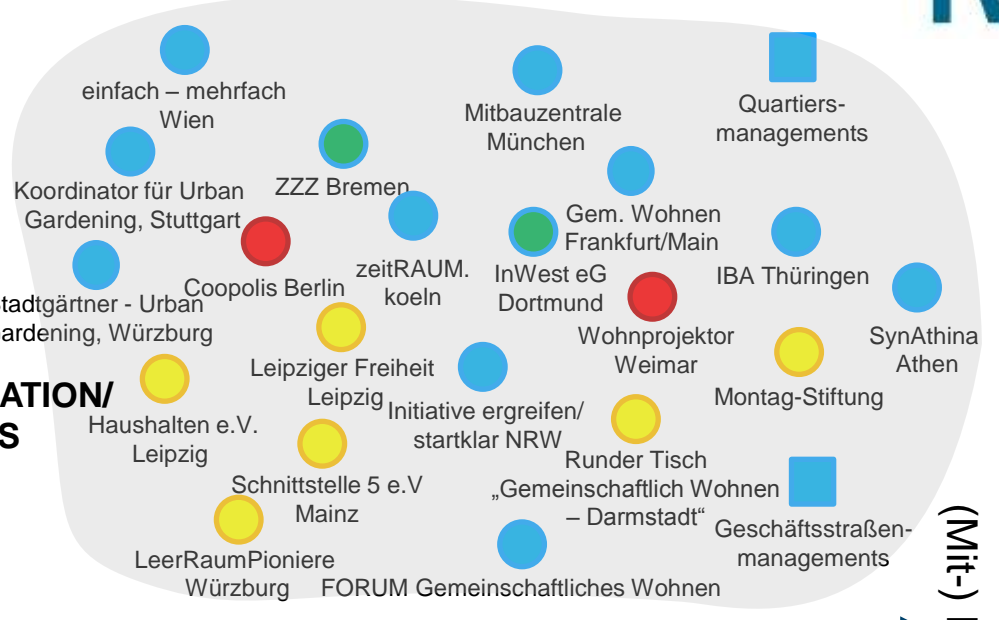
Fokus interne Brückenfunktion

Fokus sphärenübergreifende Brückenfunktion

**AKTIVIERUNG/
TEILHABEN LASSEN**



hoch



**KOOPERATION/
KONSENS**

**KONFLIKT /
KOMPROMISS**

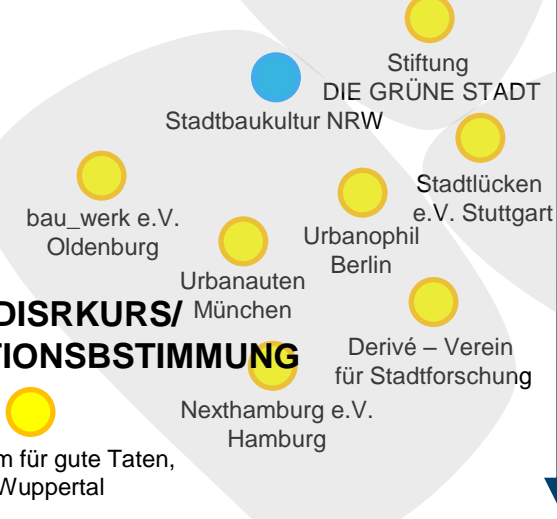
(Mit-)Reden



wenig Raumbezug...mehr Raumbezug

– Informelle Aneignung — Zwischennutzung — Miete/ Eigentum — umfassend —

(Mit-) Machen



niedrig

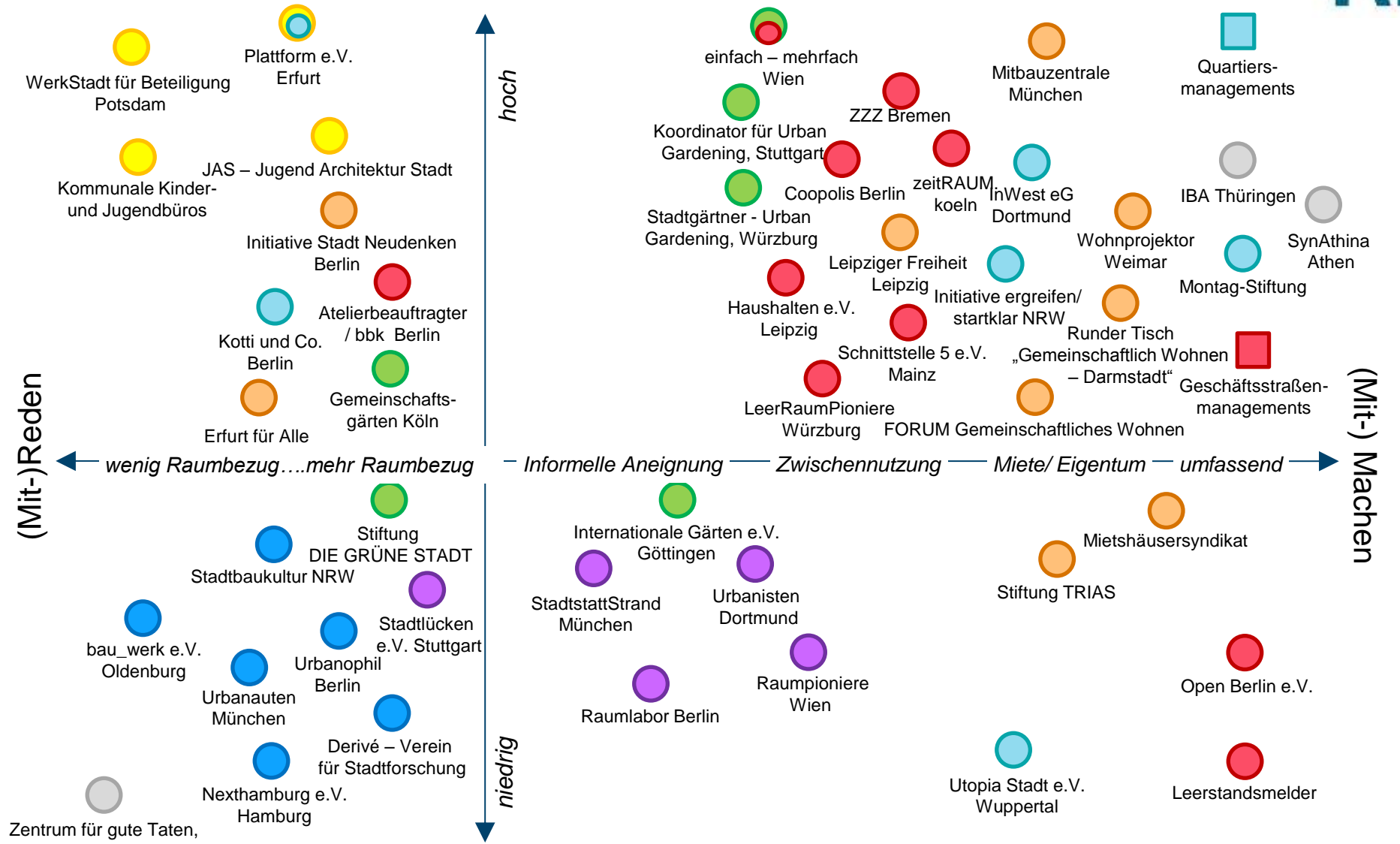


**SELBST IN DIE HAND
NEHMEN ...**



Fokus interne Brückenfunktion

Fokus sphärenübergreifende Brückenfunktion



Fokus interne Brückenfunktion

- Legende:**
- Gemeinschaftlich Wohnen
 - Beteiligung
 - Freiraum
 - Bau- und Planungskultur
 - (Zwischen-) Nutzung
 - Kreativer Umgang mit Raum
 - Nachbarschaft

Beispiel: Zwischennutzung/ Vermittlung von Räumen

Zugang zu Raum | Nutzung von Leerständen

Interesse Akteure/ Anlässe

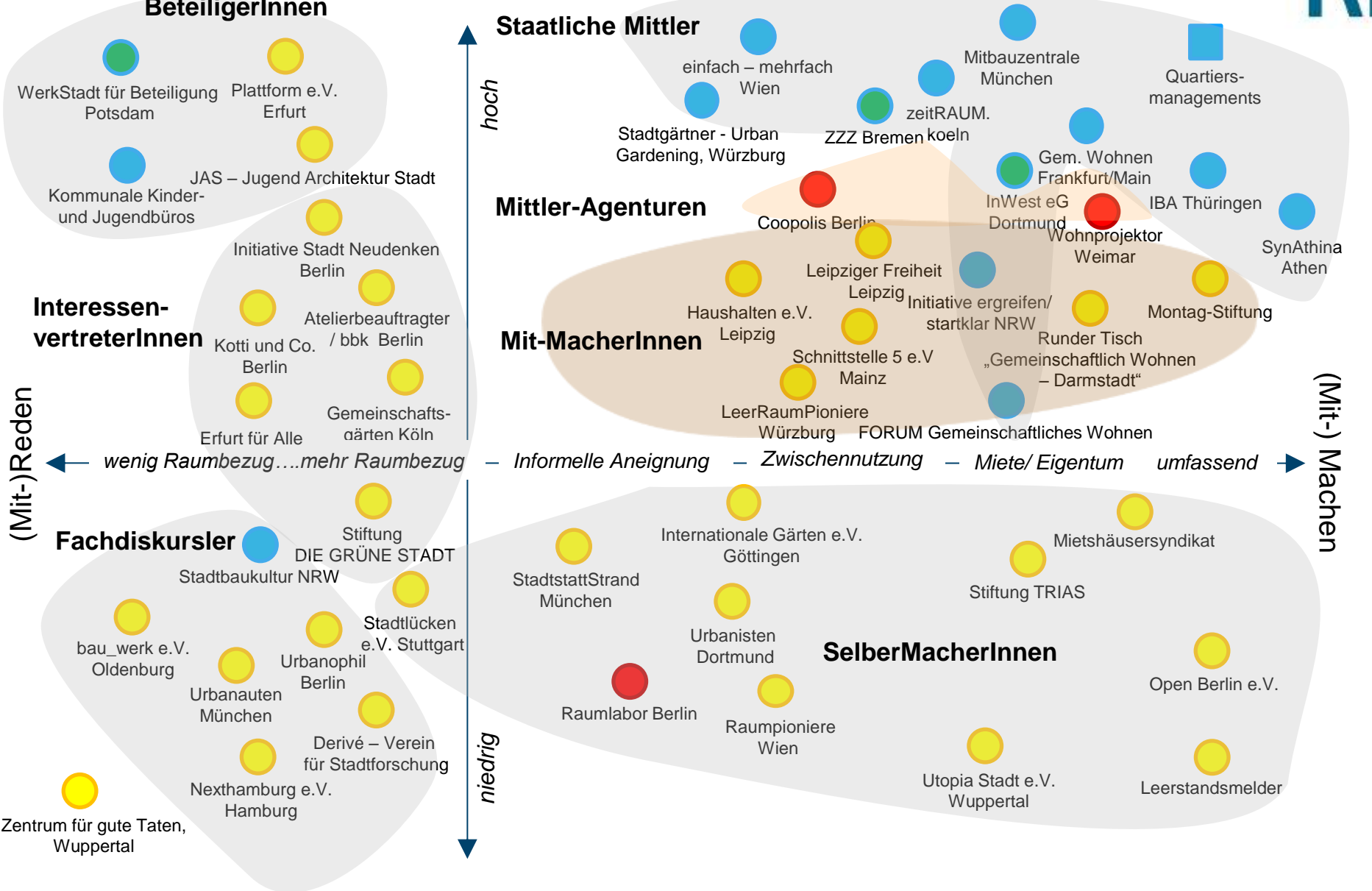
- Zugang zu (bezahlbarem) Raum, Ideen für kreative Umnutzungen von Räumen oder Projekten
- Quartiersentwicklung, Leerstände mit „Leben füllen“
- Anlässe: steigende Mieten, fehlender Zugang zu Raum, neue Arbeitswelten und Wohnvorstellungen, aber auch Trading-down-Effekte in Quartieren oder Geschäftsstraßen ...

Interessen Kommune

- Ressource Raum effektiver nutzen, Angebote für Künstler, Start-Ups, Vereine, Kinder und Jugendliche
- Standorte „aufwärmen“, Geschäftsstraßen revitalisieren, Trading-down-Prozesse aufhalten

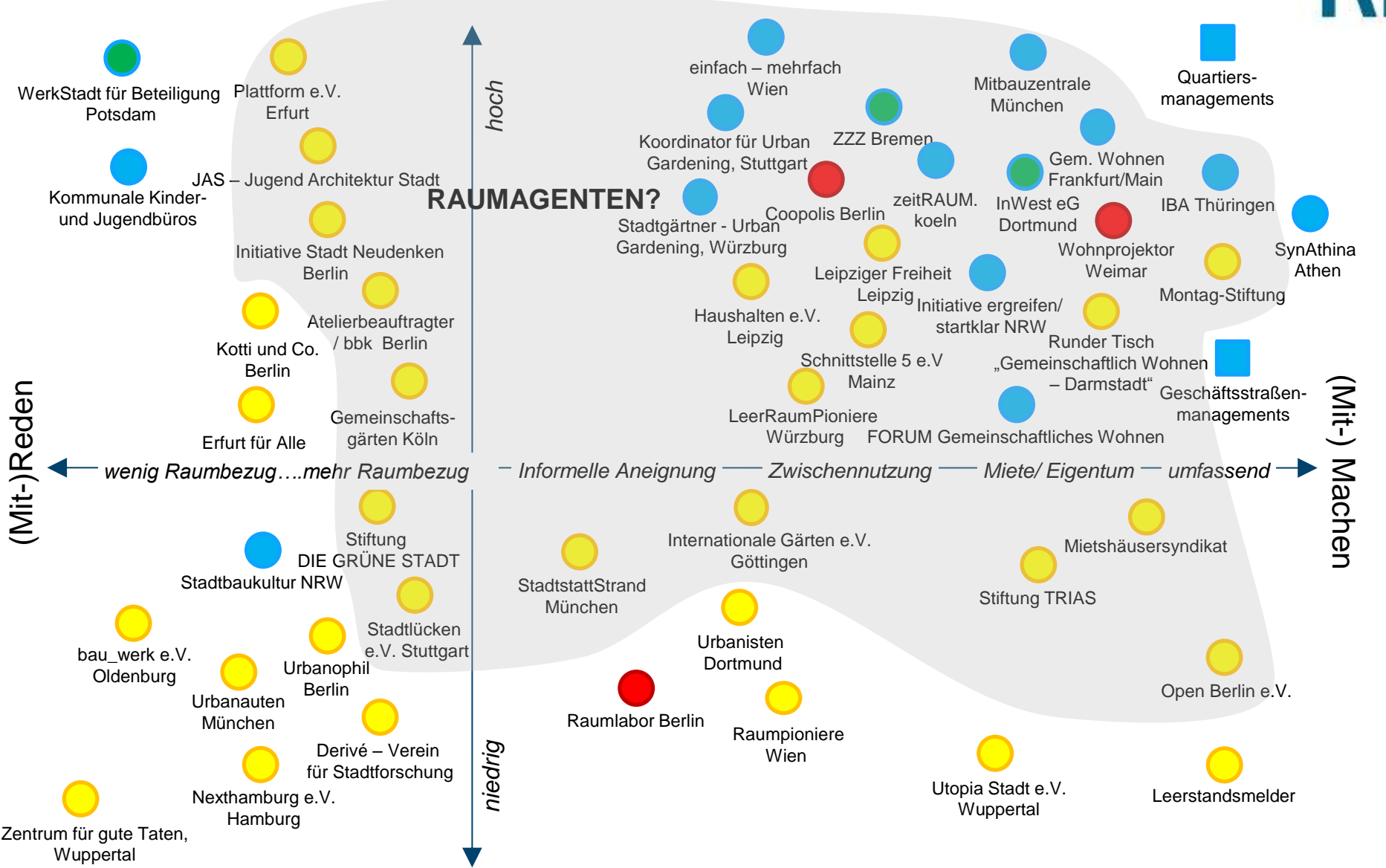


Fokus sphärenübergreifende Brückenfunktion



Fokus interne Brückenfunktion

Fokus sphärenübergreifende Brückenfunktion



Fokus interne Brückenfunktion



Block II: Governance Forschungsfragen und Thesen

Forschungsfragen

Legitimation, Governance

- Wer bekommt durch Raumagenten Zugang zu Raum, wer wird nicht erreicht? Wen repräsentieren sie?
- Handeln sie gemeinwohlorientiert oder verfolgen sie Partikularinteressen?
- Wie geht das politisch-administrative System mit Raumagenten um?
- Welche Rollen haben Kommunalpolitik und -verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Intermediäre bei der Aushandlung von Interessen?



Forschungsfragen

Handlungsempfehlungen

- Wie könnten/ sollten die Impulse von Raumagenten Eingang in die lokale Stadtentwicklung finden?
- Sollten Raumagenten dauerhaft in stadtentwicklungspolitische Strukturen eingebunden werden? Wie?
- Wie sollten Schnittstellen konfiguriert werden?
- Was sind die Bedarfe aus Sicht der Intermediäre? Welche Rahmenbedingungen seitens Kommune unterstützen ihr Handeln, welche schränken sie eher ein?



Was ist neu an den zivilgesellschaftlichen Raumagenten?

- pragmatischer Umgang mit Organisationsformen
- Ziel: wenig Mitglieder
- geringer Organisationsgrad
- wenig „exklusiv“ bzgl. Mitgliedschaft, selten (Allein-)Vertretungsanspruch für Themen oder Mitglieder

Dahinter stehende Akteure

- amorphe informelle Netzwerke, große Überschneidungen
- Netzwerklogik: Verhältnis Aufwand zu Nutzen, Zugehörigkeit flüchtig, abhängig von Lebenssituation
- geben Raumagenten kein Mandat



Was legitimiert die Tätigkeit von Raumagenten?

- Eine „repräsentative Vertretung“ der Bürgerschaft /ausgewogene Zielgruppenerreichung ist weder Anspruch noch Aufgabe der Raumagenten.
- Die Gegenüberstellung von Gemeinwohl und Partikularinteresse ist wenig hilfreich.
- Relevante Projekte von Raumagenten werden politisch legitimiert von gewählten Gremien!

▲ **Aber: Wie kommen ihre Projekte in die Aushandlung?**



Zugang zu Verhandlungsarenen?

- „Hinterzimmergespräche“ mit Politik
 - Überzeugung von Verwaltungsmitgliedern
 - Punktueller Vorsprechen in Parlamenten oder Ausschüssen
 - Gründung Dachverband, Einbindung in Ausschüsse
 - Teilnahme an formellen und informellen Austauschformaten (Runde Tische, Trialoge ...)
 - Kandidieren für eine Partei
-
- ▲ Wege unterscheiden sich nicht wesentlich von denen anderer Einzelakteure (z.B. Wirtschaft).
 - ▲ Je „unprofessioneller“ die Raumagenten sind und je geringer das „Gewicht“ ihrer Projekte, desto schwieriger ist für sie der Zugang zu Verhandlungsarenen.



Regelhafter Zugang?

Drei Thesen, eine Frage...

- Eine regelhafte Einbindung von Raumagenten wie bei anderen Intermediären findet bisher nicht statt.
 - Dies ist aufgrund ihrer „Besonderheiten“ auch kaum umsetzbar (Mitgliederzahlen, Vertretungsanspruch/ Mandat, Vielzahl potenzieller Raumagenten ...).
 - „Zugänge und Kooperationsbereitschaft hängen vor allem von den involvierten Menschen ab (Biografien, Persönlichkeiten). Deshalb sind allgemeingültige Empfehlungen nicht ableitbar.“
- ▲ **Diskussion: Könnte /sollte man Raumagenten regelhafte Zugänge eröffnen? Welche?**



Kooperation: Hemmnisse und Treiber

Gründe für geringe Kooperationsbereitschaft der Verwaltungen können sein:

- Kosten-Nutzen-Relation stimmt nicht
- Pflichtaufgaben, geringe Personaldecke, geringe Haushaltsspielräume
- „Ausfallrisiko“
- fehlende Rückendeckung der Verwaltungsspitze / Politik
- mangelnde Kooperationskultur, fehlende Übung, Berührungsängste

Schrumpfungsbedingungen erleichtern die Kooperation, überhitzte Märkte erschweren sie.

Wie können Raumagenten in die Stadtentwicklung eingebunden werden?

Es gibt Routinen und Formate der Kooperation in Stadtverwaltungen und zunehmend kommunale Raumagenten als Schnittstelle.

In Plänen und Konzepten finden Projekte von Stadtmachern nur in Ausnahmefällen Niederschlag. Auch in der Programmatik der Städte findet sich wenig...

- ▲ **Diskussion: Sollte es „Vorhalteflächen“/ eine Angebotsplanung für nutzerbasierte Projekte geben? Was ist sinnvoll und möglich?**





Block III Konflikte und Vorschläge



Konflikte

- Erwartungsdifferenzen Verantwortlichkeiten (personell, finanziell) – Missverständnisse, unklare Absprachen
- Haftungsfragen – Sicherheitsaspekte – Risikobereitschaft
- Ergebnisoffenheit, Prozessorientierung, temporäre Lösungen versus verantwortliche Mittelverwendung und Ergebnisorientierung (auch Förderkulissen)
- Unterschiedlicher Blick auf Stadtgestaltung / Baukultur / Funktionen des öffentlichen Raums / Nachbarschaften / Gleichbehandlungsgrundsatz
- Verwaltungslogik: Hierarchie, mündliche versus schriftliche Kommunikation etc.
- mangelnde Anerkennung/ Wertschätzung auf beiden Seiten

Vorschläge aus Interviews

Finanzielle Aspekte

- Bürgerbudget für (Co-) Finanzierung von kleinen Projekten (1)
- Pro und Contra „Spielgeld“ für kommunale Raumagenten (2,3)?
- Pro und Contra Personalkosten für professionelle Leistungen der Akteure der Zivilgesellschaft (4, 5)
- Unterstützung der Vernetzung von Akteuren – z.B. Gründung von Dachverbänden (6) sowie Übertragung von zweckgebundenen Budgets – Selbstorganisation (7)
- Neue Förderprogramme für ergebnisoffene Stadtentwicklungsprozesse (8) und informelle Initiativen (9)
- Senken des kommunalen Eigenanteil bei Eigenleistung von Ehrenamtlichen – Inwertsetzung von Leistungen (10)
- Anschubfinanzierung von nutzerbasierten, selbsttragenden Projekten durch Stiftungen/ Genossenschaften (11)



Vorschläge aus Interviews

Strukturen, Prozesse

- Stabstelle für Kooperationen in der Verwaltung (1) oder externe Koordinationsstelle (2) Größere Projekte brauchen sichtbare Projektkoordination in Verwaltung (10)
- Anlaufstelle für Ehrenamtliche generell (3)
- Keine neuen Intermediäre in bestehenden Strukturen (4)
- Kooperationsbereitschaft und Personalausstattung ersetzt Strukturen (5) – Schlüsselpersonen in Verwaltungen zu AnsprechpartnerInnen machen (11)
- Labore, Veranstaltungen etc. schaffen Kontaktmöglichkeiten (6) versus Bestand an Netzwerkintensität (7)
- Abläufe in Ämterrunden effektivieren (8) versus Effektivität verhindert Kreativität (9)
- Externe MediatorInnen punktuell abrufbar (12), ggf. finanziert von Bund/Ländern



Vorschläge aus Interviews

Weitere Ideen

Handlungsfelder Kommune

- Öffentliche Diskussion über Aufgabenteilung Stadt und Bürgerschaft (1)
- Kooperationen in die Programmatik verankern (2)
- Gezielte Stellenbesetzungen mit Externen/ Personen ohne Verwaltungslaufbahn – Schnittstellen (5)
- Digitale Angebote in Verwaltungen: Genehmigungsprozesse, Beteiligungsangebote etc. (6)
- Kommunale Behördenwegweiser und ähnliche Tools (8)

Handlungsfelder Bund, Länder etc.

- Koproduktion im Curriculum für Verwaltungshochschulen (3)
- Erfahrungsaustausch zu Themen und kreativen Lösungen organisieren (Publikationen, Fortbildungen, Kongresse etc.) (4), bundesweite Projektaustauschplattform (7)



Abschlussdiskussion

Was fehlt?

Weitere Vorschläge?

Es kann gern auch grundsätzlich werden!



Vielen Dank und eine guten Nachhauseweg...

